

Industrie und IG BCE attackieren Schäubles Energiesteuerpläne BDI: Weniger Ausnahmen gegen ökonomische Vernunft

mas./ami. BERLIN, 28. Juli. Industrie und Gewerkschaft haben die Energiesteuerpläne von Finanzminister Wolfgang Schäuble abgelehnt. Auch aus der Koalition kommt erster Widerspruch. Thomas Bareiß (CDU), energiepolitischer Koordinator der Unionsfraktion, zeigte sich unzufrieden mit dem Entwurf, der die Ausnahmen kleiner und energieintensiver Unternehmen von der Energie- und Stromsteuer verringern will. Die Kosten könnten sich im Einzelfall binnen zwei Jahren von 6600 auf 69 000 Euro im Jahr verzehnfachen: „Wir werden in den parlamentarischen Beratungen darauf achten müssen die Belastungen zu reduzieren, gerade auch für den Mittelstand.“ Man könne nicht damit zufrieden sein, dass eine bürgerliche Koalition die Industrie stärker belaste als Rot-Grün.

Schäuble will die Ausnahmen für das produzierende Gewerbe verringern, um im nächsten Jahr eine Milliarde Euro und in den Folgejahren jeweils 1,5 Milliarden Euro mehr einzunehmen (F.A.Z. vom 28. Juli). Die geplanten Änderungen können die Steuerlast für kleine Unternehmen und für energieintensive Konzerne vervielfachen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) zeigte sich „entsetzt“. „Es widerspricht jeglicher ökonomischer Vernunft, diejenigen, die in den nächsten Jahren den Wachstumskarren ziehen sollen, mit dem Drei- bis Neunfachen an Strom- und Energiesteuern zu belasten“, sagte BDI-Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf. Die Erhöhung der Ökosteuerbelastung sei ein weiteres Glied in der Kette politischer Strompreistreiber, kritisierte der Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Metalle, Martin Kneer. „Die Addition von Belastungen aus Ökosteuer, Erneuerbare-Energien-Gesetz und Emissionshandel für die Industrie führen zu international nicht mehr wettbewerbsfähigen Strompreisen in Deutschland.“

Der Verband der Chemischen Industrie nannte die Ökosteuer-Pläne Gift für den Aufschwung. Wenn der sogenannte Spitzenausgleich gesenkt werde, koste dies allein die deutsche Chemieindustrie in den kommenden zwei Jahren bis zu 300 Millionen Euro. Die Wirtschaft habe für die Entlastungen bei der Ökosteuer eine Gegenleistung erbracht, indem sie sich zu ehrgeizigen Klimazielen verpflichtete. „Die Wirtschaft hat ihren Teil der Abmachung bisher eingehalten – und das erwarten wir auch von der Politik“, meinte Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann.

Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie warnte, mit einer Erhöhung der Ökosteuer die energieintensiven Industrien in Deutschland weiter zu schwächen. „Was da im Bundesfinanzministerium geplant wird, ist ein Anschlag auf Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze dieser Branchen, darunter die chemische Industrie, die Papierproduktion, die Glasherstellung und die Aluminiumerzeugung“, sagte der IG-BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) forderte die Bundesregierung auf, dem Druck der Wirtschaft standzuhalten. „Der Abbau umweltschädlicher Steuervergünstigungen für das produzierende Gewerbe ist ein Schritt in die richtige Richtung“, urteilte sein Vorsitzender Hubert Weiger. Bisher erhielten Unternehmen jährliche Steuergeschenke von 6 Milliarden Euro. Dabei würden besonders klimaschädliche Unternehmen mit wenigen Mitarbeitern am meisten belohnt. „Diese klimaschädlichen Subventionen müssen weg.“